

Asiatische Produktionsweise vs. angelsächsischer Kapitalismus.

Eine kategoriale Interpretation des hegemonialen Übergangs von den USA auf China

von Ulrich Menzel

„In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformationen bezeichnet werden.“ (Marx)¹

Anfang Juli 2021 inszenierte die Kommunistische Partei der Volksrepublik China (KPCh) das hundertjährige Jubiläum ihrer klandestinen Gründung am 1.7.1921 in einem Hinterzimmer der Französischen Konzession von Shanghai, deren Exterritorialität Schutz vor dem Zugriff der nationalchinesischen Geheimpolizei bot. 13 Delegierte, darunter ein gewisser Mao Zedong, vertraten etwa 60 über das Land verstreute Mitglieder. Die Komintern hatte zwei Vertreter entsandt, die auf ein moskaukonformes Gründungsstatut zu achten hatten. Mao, in Shanghai noch in der Minderheit, gelang es erst auf der berühmten Zunyi-Tagung während des Langen Marsches im Januar 1935, de facto die Parteiführung zu übernehmen und eine Sinisierung des Marxismus-Leninismus in Gang zu setzen, die erst 1945 auf dem 7. Parteitag in Yan´an, auf dem Mao zum Vorsitzendendes Politbüros gewählt wurde, mit dem Mao Zedong-Denken kodifiziert wurde. In den Schriften der offiziellen fünfbändigen Ausgabe seiner Ausgewählten Werke, entstanden zwischen 1926 und 1957, findet sich kein einziges Marx oder Lenin-Zitat.² Mangels Sprachkenntnissen dürfte er deren Schriften auch nicht studiert haben, ein Umstand, der den Begriff Sinisierung im Sinne einer Modifizierung des Marxismus bereits in Frage stellt. Die Feststellung gilt sicher auch für die allermeisten Parteimitglieder. Erst zwischen 1953-1983 wurde eine erste chinesische Übersetzung der Marx-Engels-Werke (MEW) vorgenommen.

Am 1.7.2021 hat die Partei etwa 95 Mio. Mitglieder, beherrscht nicht nur den Staat, sondern kontrolliert mit der von den Parteisekretären gebildeten Doppelstruktur jede Behörde, jede Einheit der Armee, jedes größere Unternehmen inklusive der Joint Ventures mit dem Ausland, jede kulturelle, publizistische oder wissenschaftliche

¹ Karl Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort. 1859 In: MEW Bd. 13, S. 9. Vgl. dazu das „Formen-Kapitel“ in den Grundrissen von 1857/58, S. 375ff.

² Der Druck des bereits fertigen 6. Bandes, der Schriften ab 1958 beinhaltet hätte, wurde nach dem Sturz der „Viererbände“ um die Mao-Witwe im Oktober 1976 gestoppt, um angesichts des innerparteilichen Kurswechsels weitere ideologische Festlegungen im Sinne des Maoismus zu verhindern.

Einrichtung. Die Parteisekretäre kontrollieren aber nicht nur, ob die Anweisungen der höheren Ebene befolgt werden, sie haben in jeder wichtigen Frage auch das letzte Wort. Xi Jinping (geb. 1953), Generalsekretär der Partei, Vorsitzender der Zentralen Militärkommission und Staatspräsident in der Reihenfolge der Bedeutung der Ämter, wiederholte anlässlich der zentralen Jubelfeier auf dem Platz des Himmlischen Friedens auf der Empore des Tiananmen im grauen Mao-Anzug exakt an der Stelle, an der Mao 1949 die Gründung der VR China ausgerufen hatte, seine Ankündigung vom 19. Parteitag 2017, dass China zum hundertsten Jubiläum der Volksrepublik im Jahre 2049 wieder die Führungsposition in der Welt einnehmen werde, die es als Reich der Mitte über viele Jahrhunderte eingenommen hatte. Die jährlichen Gesandtschaften der tributpflichtigen Staaten und der Kotau vor dem Thron des Kaisers hatten das auch symbolisch zum Ausdruck gebracht. China hatte diese Staaten wohlge-merkt nicht erobert. Sie kamen freiwillig wegen der Vorteile, die die Unterordnung unter die chinesische Oberhoheit mit sich brachte. Schon jetzt verkündete Xi die Wiedergeburt der Nation und versicherte, dass China nie wieder einer Demütigung, wie zur Mitte des 19. Jahrhunderts ausgesetzt werde, als es nach verlustreichen Kriegen mit den Kolonialmächten ungleiche Verträge, die Öffnung des Landes, Hafenkolonien und Konzessionsgebiete (wie die Französische Konzession in Shanghai) und Einschränkungen seiner Souveränität, insbesondere auf außenwirtschaftlichem Gebiet, hinnehmen musste. Wirtschaftlich wird es die USA in wenigen Jahren vom ersten Platz verdrängt haben, sportlich hat es das, siehe den Medaillenspiegel bei der Olympiade in Tokyo bereits, nur militärisch ist der Unterschied noch gewaltig. Doch auch auf diesem Gebiet holt China auf. Als Faustformel gilt: Wenn die Wirtschaft um zehn Prozent jährlich wächst, dann wachsen auch die Staatseinnahmen und die Militärausgaben um zehn Prozent. Den defensiven Charakter zur Landesverteidigung hat die „Volksbefreiungsarmee“ schon seit Jahren abgelegt. Insbesondere die forcierte Flottenrüstung weist auf eine expansive Strategie zur Kontrolle der Seerouten durch das Südchinesische Meer und das Becken des Indiks.

Der Befund, dass ein Land, das seit 72 Jahren von einer Kommunistischen Partei regiert wird, eine globale wirtschaftliche und politische Führungsrolle reklamiert, ist aus der Sicht westlicher Großtheoretiker nicht nur paradox, sondern wirft fundamentale Fragen auf, wenn man die VR China mit der ehemaligen Sowjetunion vergleicht. Auch die Parteiführer der Sowjetunion hatten den Anspruch des überlegenen Gesellschaftssystems und sind daran, nicht zuletzt aufgrund des Sozialismus-Paradoxons,

dreimal gescheitert. In der klassischen marxistischen Theorie konnte Sozialismus nur ein Stadium gesellschaftlicher Entwicklung jenseits des Kapitalismus sein, wenn dessen Möglichkeiten als „progressive Epoche“ (Marx) ausgereizt waren, wenn die Produktivkräfte zur vollen Entfaltung gelangt waren und sich die Arbeiterklasse bewusstseinsmäßig von der Klasse an sich zur Klasse für sich und damit zum revolutionären Subjekt entwickelt hatte. Die damals progressivsten Industriegesellschaften Großbritanniens, Deutschland, Frankreich und die USA (!) wären demnach die ersten Kandidaten für eine sozialistische Revolution gewesen. Tatsächlich fand diese aber in vergleichsweise rückständigen Ländern wie Russland oder China statt, ganz zu schweigen von den arabischen und afrikanischen Sozialismen, die weit davon entfernt waren, die von Marx geforderten Voraussetzungen zu bieten. Lenin versuchte die orthodoxe Theorie zu retten mit seiner Theorie vom schwächsten Glied der Kette, die es durch eine Revolution zu sprengen galt, um das kapitalistische Weltsystem insgesamt zu erschüttern. Die Oktoberrevolution als Fanal der Weltrevolution. Zu diesem Zweck wurde die Komintern gegründet als deren Organisator und als Dachorganisation aller Kommunistischen Parteien weltweit. Die Arbeiterklasse der Industrieländer werde anschließend in einer Art Bruderhilfe den Aufbau des Sozialismus im rückständigen Russland unterstützen.

Spätestens mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise 1929, die keine Weltrevolution auslöste, war der Traum ausgeträumt. Stalin nahm einen zweiten Anlauf mit der Losung vom Aufbau des Sozialismus in einem Land. Sozialismus war seitdem nicht mehr das Resultat von vorangegangener Entwicklung, sondern ein Ordnungssystem, um nachholende Entwicklung zu inszenieren, damit die Geschichte wieder mit der Theorie in Einklang gebracht werde. Die autarkistische Losung war auch Konsequenz des Umstands, dass die Welt im Zuge der Weltwirtschaftskrise in große, protektionistisch gegeneinander abgeschottete, Wirtschaftsblöcke zerfiel. Der Preis war eine Kommandowirtschaft, die mit despotischen Mitteln von Enteignung, zentraler Planwirtschaft und Zwangskollektivierung zur Aufbringung der landwirtschaftlichen Überschüsse das Entwicklungsgefälle zu den kapitalistischen Ländern schließen sollte, was dem Stalinismus bekanntlich nicht gelang. Den dritten Anlauf nahm die Sowjetunion in der Chruschtschow-Ära, als die Losung von Ein- und Überholen des Westens ausgegeben wurde. Die Phase vom Sputnik-Schock 1957 bis zur Stationierung von Mittelstreckenraketen auf Kuba 1962 markierte den Höhepunkt der Offensive, als die Sowjetunion zumindest in militärischer Hinsicht dem Ziel nahe schien.

Nach der Stagnation der Breschnew-Ära musste Gorbatschow konzedieren, dass der Sozialismus in der Sowjetunion gescheitert war. Trotz seiner Reformen implodierte die Sowjetunion, löste sich das sozialistische Lager auf.

Die sich aufdrängende Frage lautet: Warum verlief die Geschichte in China so anders, obwohl dort im orthodoxen Verständnis die Voraussetzungen für Revolution und Aufbau des Sozialismus noch viel weniger gegeben waren? Warum vermochte sich die KPCh trotz des kurzen Pekinger Frühlings 1989 anders als die KPdSU mit Waffengewalt an der Macht halten und wird diese bis heute von der Masse der Bevölkerung trotz des autoritären Systems nicht in Frage gestellt? Die Antworten verlangen einen tiefen Rückblick in die chinesische Geschichte, um deutlich zu machen, dass es trotz der vielen Parallelen zwischen der Russischen und der Chinesischen Revolution wie zwischen Stalinismus und Maoismus fundamentale Unterschiede gab und gibt, die gesellschaftliche, politische und kulturelle Ursachen haben. Russland war nie Zentrum der Welt, sondern immer nur Peripherie Westeuropas, war immer nur randständig von allen Umwälzungen betroffen, die Westeuropa seit Renaissance, Aufklärung und bürgerlicher Revolution mit voller Wucht transformiert haben. Die Modernisierung Russlands seit Peter dem Großen nach westlichem Vorbild ist immer in Ansätzen stecken geblieben.

China hingegen wurzelt in einer zweitausendjährigen kulturellen Tradition unabhängig von westlichen Einflüssen, war im Sinne des Marx-Zitats selber „progressive Epoche der ökonomischen Gesellschaftsformationen“, war lange Zentrum und nur seit Mitte des 19. Jhs. eine halbe Peripherie der westlichen Kolonialländer, die es aber nie vermochten, ganz China zu durchdringen. Auf dem Höhepunkt seiner internationalen Geltung zu Beginn der Ming-Dynastie in den 1430er Jahren hat es sich nach heftigen Kontroversen innerhalb des Mandarins in eine freiwillige Selbstisolation begeben, die Flotte abgewrackt, den Außenhandel verboten, das politische Zentrum von der die weltoffenen südlichen Hauptstadt (Nanjing) am Unterlauf des Yangzi in die nördliche Hauptstadt (Beijing) am Rand der Steppe verlagert und an der Großen Mauer zur Abwehr der Nomaden aus der zentralasiatischen Steppe weiter gebaut. Die „gelbe Fraktion“ des konservativen konfuzianischen Mandarins hatte sich gegen die weltoffenen „blaue Fraktion“³ durchgesetzt, die für die weitere

³ Die Metapher „blau“ ist vom Meer, die Metapher „gelb“ vom Lößboden im Norden Chinas abgeleitet, dessen Sedimente das Wasser des Gelben Flusses als Wiege der chinesischen Zivilisation färben. Gelb sind auch die Ziegel auf den Dächern des Kaiserpalasts.

Modernisierung stand, die das zerfallene Tributsystem als Folge der großen Pest Mitte des 14. Jhs. nicht nur restaurieren, sondern ausbauen und den Handel mit Europa auf den Routen der Seidenstraße wieder aufnehmen wollte. Die lange Phase der Selbstisolation und verordneten Stagnation hat den großen Entwicklungsvorsprung Chinas so lange schmelzen lassen, bis es in den Opiumkriegen Mitte des 19. Jahrhunderts seine Isolation zwangsweise aufgeben und zumindest den technisch-wirtschaftlichen Vorsprung des Westens akzeptieren musste. In geistiger Hinsicht hielt man sich dennoch weiter für überlegen.

An dieser Stelle ist ein autobiographischer Rückblick des Autors auf die Jahre 1975-1977 geboten, als dieser an seiner Dissertation zu „Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells“⁴ gearbeitet hat. China hatte in den 1970er Jahren viel internationale Aufmerksamkeit gefunden – bei Konservativen, weil man hoffte, die chinesische Karte im Ost-West-Konflikt spielen zu können, bei entwicklungspolitisch Interessierten, weil man hier eine Alternative zur konventionellen Entwicklungspolitik erhoffte, die auf andere Entwicklungsländer übertragen werden könne. Ein fataler Irrtum, wie sich später herausstellte. Bevor dieses Entwicklungsmodell auf den Begriff gebracht werden konnte, galt es im ersten Teil der Dissertation die Ausgangslage vor 1949 zu analysieren. Entsprechend dem damaligen dependenztheoretischen Mainstream der kritischen Entwicklungstheorie waren nicht interne gesellschaftliche Faktoren, wie die konkurrierende Modernisierungstheorie unterstellte, sondern externe wirtschaftliche, in Kolonialismus, Imperialismus und Weltmarkt zu suchende Faktoren für die Probleme der Entwicklungsländer und damit auch Chinas verantwortlich. Es stellte sich bald heraus, dass eine Theorie, die anhand lateinamerikanischer Fälle mit ihrer langen Kolonialgeschichte formuliert worden war, für alte Kulturen mit nur randständiger kolonialer Durchdringung wie China kaum Erklärungskraft bot. Im Gegenteil – Hafenkolonien wie Hongkong oder Shanghai waren bereits vor 1949 Inseln der Moderne in einem traditionellen Hinterland und sind bis heute die Wirtschaftsmetropolen geblieben.

Damit rückte die Analyse von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft des traditionellen Chinas ins Zentrum des Interesses und die Frage, warum China überhaupt in diese Situation geraten war. Der Autor begann, die einschlägigen Schriften westlicher

⁴ Ulrich Menzel, Theorie und Praxis des chinesischen Entwicklungsmodells. Ein Beitrag zum Konzept autozentrierter Entwicklung. Opladen: Westdeutscher Verlag 1978. 788 S.

Großtheoretiker zu konsultieren, die sich der Thematik gewidmet haben, warum China im Vergleich zum Westen einen relativen Niedergang zu verzeichnen hatte bzw. warum es auf hohem Niveau in Stagnation verharrt habe. So stößt man rasch auf den Begriff „Asiatische Produktionsweise“ (APW) bei solchen Autoren, die einen marxistischen Ansatz verfolgen, bzw. auf den Konfuzianismus, die der Tradition Max Webers verpflichtet sind, der, anders als der Protestantismus, die Entstehung eines kapitalistischen Geistes verhindert habe. Nach der Lektüre verfasste der Autor zwei unveröffentlichte Manuskripte „Asiatische Produktionsweise, Unterentwicklung und Übergangsgesellschaften“ und „Zum Verhältnis von peripherem Kapitalismus und Asiatischer Produktionsweise am Beispiel Chinas“⁵, die Eingang in den ersten Teil der Dissertation „Stagnation und Unterentwicklung im vorrevolutionären China“ gefunden haben.

Wenn man mit Marx und Weber beginnt, stellt man fest, dass beide nur Glieder in einer langen Reihe prominenter Autoren sind, die bis in die Antike zurückreicht und die sich theoretisch (aber kaum empirisch) mit den Unterschieden und Gegensätzen zwischen Orient und Okzident, etwa der Demokratie der griechischen Polis und der Despotie des persischen Königs, befasst haben. Die neuere Literatur beginnt mit Montesquieus Persischen Briefen (1721), setzt sich fort mit Hegels Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte (seit 1805/06), Marx' Schriften über Indien China und Russland (1853ff), Webers religionssoziologische Studien über die Ethik der Hochreligionen, in denen er den Konfuzianismus als politische Religion bezeichnet und immerhin dessen Weltbejahung im Gegensatz zur Weltverneinung der Erlösungsreligionen Hinduismus und Buddhismus konstatiert (1915ff), Wittfogels Dissertation über Wirtschaft und Gesellschaft Chinas (1931), seine Theorie der Orientalischen Gesellschaft (1945) und der Orientalischen Despotie (1957) bis hin zu Moores Studie über die Sozialen Ursprünge von Diktatur und Demokratie mit Kapiteln über China, Japan und Indien (1966), Kraders Theorie der Asiatischen Produktionsweise (1974), die amerikanische Modernisierungstheorie und ihre Zwillingsschwester, die Comparative Politics, und zuletzt Barbers Jihad vs. McWorld (1995) und Huntingtons Clash of Civilisations (1996). In all diesen Schriften geht es aus einer vergleichenden Perspektive um die Frage, warum es im Westen zur Herausbildung von bürgerlicher Gesellschaft, Individualismus, Rationalismus, Privateigentum und Rechtssicherheit, Kapitalismus,

⁵ Vom September 1975 bzw. Januar 1976 und im Archiv der TU Braunschweig im Vorlass Menzel unter der Signatur G48 II einsehbar.

Liberalismus, Demokratie, Nationalstaatsbildung, Markt als Steuerungsinstanz, Wirtschaftswachstum, sozialer Differenzierung und sozialer Durchlässigkeit gekommen ist und warum diese Entwicklungen in den asiatischen Hochkulturen, namentlich in China, ausgeblieben sind.

Als Antworten werden diverse, den orientalischen Gesellschaften, mehr oder weniger gemeinsame, Merkmale genannt, wobei der Begriff Orient vom Osmanischen Reich im Westen über Persien und Indien bis nach Südostasien, China und Japan ganz im Osten reicht, aber auch Mesopotamien, das alte Ägypten und sogar das präkolumbianische Amerika – also alle nichtwestlichen Hochkulturen - gemeint sein können. Diese Merkmale lauten in Stichworten: Es gab keine dezentral strukturierte Feudalgesellschaft mit rivalisierenden Machtzentren aus Krone, Kirche, Adel und von Zünften und Fernhandelskaufleuten beherrschte freie Städte, sondern hochzentralisierte Gesellschaften mit einem Herrscher an der Spitze, der zugleich als oberster Feldherr und oberster Priester fungierte und mit Hilfe einer hierarchisch gegliederten Bürokratie regierte. Selbst das Militär war den zivilen Beamten unterstellt. Die Basis der Gesellschaft bildeten sich selbstverwaltende Dorfgemeinschaften, die in wirtschaftlicher Hinsicht autark sind, so dass keine Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land und kein Binnenmarkt entstehen konnte. Städte blieben reine Verwaltungssitze und waren allenfalls Orte des Fernhandels für Luxusgüter, aber ohne handwerkliche Tradition. Wirtschaftliche Grundlage des Staates war eine intensiv betriebene Landwirtschaft, die vielfach auf künstlicher Bewässerung (in China die Nassreiskultur) und nicht auf Regenfall wie im Westen beruht. Intensive Landwirtschaft lässt eine dichte Besiedlung zu, wie sie viele asiatische Länder auszeichnet. Nicht zufällig sind viele alte Hochkulturen in Flusstälern (Mesopotamien, Nil, Indus, Ganges, Gelber Fluss, Mekong) entstanden. Die Überschüsse der Landwirtschaft werden komplett durch die Agrarsteuer (und nicht der Grundrente wie im Feudalismus) in Naturalform oder als Arbeitsleistungen abgeschöpft, um den Staatsapparat, das Militär, den Luxus der Elite, aber auch die staatlichen Prestigebauten aus Palästen und Grabmälern zu finanzieren. Eine bürgerliche Mittelschicht ist kaum existent. Bildung ist nur der Elite vorbehalten. Rekrutiert wird die Bürokratie durch ein strenges Prüfungswesen, das die Kenntnis der Klassiker verlangt, dessen Absolvierung zwar im Prinzip jedem offensteht, wegen der langen Vorbereitungszeit und der damit verbundenen Kosten aber häufig zur Selbstrekrutierung der Elite führt. Macht, Prestige und Einkommen resultieren demnach nicht aus Abstammung (wie im Feudalismus) oder Eigentum (wie

im Kapitalismus), sondern aus den **Funktionen**, die die Bürokratie für das Gemeinwesen wahrnimmt. Für spezielle Aufgaben werden talentierte Eunuchen oder Sklaven rekrutiert, die keine Nachkommen haben und somit keine zu den Beamten rivalisierende Machtpositionen festigen können. Handwerker und Kaufleute haben gegenüber den Bauern einen niederen gesellschaftlichen Rang, deren Besitz kann willkürlich eingezogen werden, um das Entstehen einer bürgerlichen Machtgruppe zu verhindern. Ethnische und religiöse Minderheiten werden toleriert. Insofern sind orientalische Gesellschaften eher multikulturelle und multireligiöse Gesellschaften, in denen Hochreligionen nebeneinander existieren können. Eine Nationalstaatsbildung im westlichen Sinne findet nicht statt.

Die so skizzierten Gesellschaften basieren laut Marx auf der APW, die sich in drei Merkmalen vom Kapitalismus westlicher Prägung unterscheidet und dessen Herausbildung blockiert: (1) Die Abwesenheit von Privateigentum bei Grund und Boden. Bauern, Dorfgemeinschaften mit ihrer Allmende, selbst Großgrundbesitzer (in China die Gentry) sind nur Besitzer. Eigentümer ist der Staat, der in periodischen Abständen den Boden einziehen und umverteilen kann. Auf diesem Anspruch basiert die Agrarsteuer, die nicht individuell, sondern durch das Kollektiv der Dorfgemeinschaft in Naturalform oder durch Arbeitsleistungen zu entrichten ist, um Hofhaltung, Bürokratie und Militär zu finanzieren und die aufwändigen Bauten mit massenhaften Arbeitseinsätzen zu bewältigen. (2) Die Einheit von Agrikultur und Manufaktur auf Dorfebene, die die Herausbildung eines Markts für Massenkonsumgüter und die Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land als Voraussetzungen für Industrialisierung verhindert. (3) Die ökonomische Funktion des Staates, der regulierend und administrierend in die Wirtschaft eingreift wie beim Außenhandel, der als Tributhandel kaschiert wird, beim Bau von Infrastrukturprojekten wie dem Großen Kanal, beim Deichbau, bei Flussregulierungen zur großflächigen künstlichen Bewässerung, bei Arsenalen, Werften oder der Großen Mauer. Sowohl der Holzschlag im walddreichen Hinterland wie der Bau der großen Kriegsdjunken waren Arbeitsleistungen zur Ableistung der Agrarsteuer. Der Handel mit Salz und Eisen als nicht überall verfügbaren Gütern des täglichen Bedarfs unterlag einem staatlichen Monopol. Der Staat unterhielt Getreidespeicher, um in Notzeiten die Bevölkerung mit Getreide und Saatgut zu versorgen. Insofern war die Agrarsteuer auch durch die organisatorischen und versorgenden Leistungen der Bürokratie für die Landwirtschaft legitimiert.

Die APW-Diskussion hat bislang drei Runden absolviert. Die erste wurde von Marx selber bestritten mit seinen eher programmatischen Aussagen in den frühen Schriften wie der eingangs zitierten Passage, aus denen sich für Asien ein alternativer Ablauf von Gesellschaftsformationen zu dem für Westeuropa gültigen herauslesen lässt; den journalistischen Beiträgen aus dem Londoner Exil über Indien und China, in denen sich Marx als Modernisierungstheoretiker erweist, der dem britischen Kolonialismus trotz aller Kritik das historische Verdienst bescheinigt, die Wurzeln des asiatischen Despotismus auszureißen und so auch dort dem Kapitalismus freie Bahn zu verschaffen; der Skepsis in den Russland-Schriften des späten Marx (die sich schon in den China-Schriften andeuten), ob es dort (wie in China) wegen der Beharrungskraft der traditionellen Gesellschaft überhaupt zur Durchsetzung des Kapitalismus kommt und der Sozialismus ohne das kapitalistische Durchgangstadium sich direkt auf die traditionelle Dorfgemeinschaft gründen könne. Je nachdem, auf welchen Marx man sich beruft, lässt sich ein anderes Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung ableiten. Entweder hat das im Kommunistischen Manifest formulierte Stadienschema universelle Gültigkeit, auch in Asien wird sich, zur Not mit Hilfe des Kolonialismus, der Kapitalismus durchsetzen, oder die asiatischen bzw. orientalischen Gesellschaften durchlaufen einen anderen Entwicklungsweg als die europäischen und münden in Despotie und wirtschaftlicher Stagnation. Hier bietet der Sozialismus die Auflösung, ohne dass zuvor das Stadium des Kapitalismus absolviert werden muß.

Diese sehr abstrakt anmutende Alternative wurde politisch relevant, als sich mit der Gründung der KPCh 1921 und deren Aufnahme in die Komintern die Frage stellte, ob diese in China Bündnisse mit den bürgerlichen oder vermeintlich bürgerlichen Kräften der Guomindang schließen sollte, um so die Durchsetzung des Kapitalismus in China zu befördern, bis auch dort die Zeit für eine sozialistische Revolution gekommen sei oder ob es dort, wie von Mao gefordert, einer Sinisierung des Marxismus bedürfe, weil die gesellschaftlichen Verhältnisse in China ganz andere sind als in Europa und nicht eine rudimentäre Arbeiterklasse, die zudem noch auf Shanghai konzentriert ist, sondern die Bauern das eigentliche revolutionäre Subjekt seien. Die politische Arbeit habe sich deshalb dem agrarischen Hinterland und nicht den Küstenstädten zu widmen. Diese Frage führte zur zweiten Runde der APW-Diskussion in den 1920/30er Jahren mit prominenten Teilnehmern wie Wittfogel, Varga, Rjazanow (Herausgeber der ersten Marx-Gesamtausgabe) und Madgar. Es ging aber nicht um die empirische Klärung der Frage, sondern den Versuch, aus den verstreuten und widersprüchlichen

Hinweisen bei Marx zu rekonstruieren, was dieser denn tatsächlich unter APW verstanden habe und wie er strategisch damit umgehen wollte. Wir kennen diese Rekonstruktionsbemühungen aus anderen Themenkomplexen, weil dessen sog. Sechs Bücher-Plan nur zu 1/18, nämlich dem ersten Band des ersten Buches über das Kapital, von Marx selber realisiert wurde, alles andere aber nur Fragment geblieben ist. Im Zuge der fortschreitenden Stalinisierung war in der Sowjetunion eine offene Debatte selbst unter Marxisten nicht mehr möglich. Auf zwei Orientalistenkongressen 1930 und 1931 wurde die Frage „wissenschaftlich“ entschieden, indem die APW als Grundlage einer eigenständigen Gesellschaftsformation grundsätzlich verworfen wurde und das klassische Stadienschema für universell gültig erklärt wurde. Wittfogel gehörte zur unterlegenen Minderheit. Stalin persönlich verkündete 1938 ein entsprechendes Verdikt, weil er nicht zu Unrecht befürchtete, dass das APW-Konzept auch für Russland als „halbasiatisches Land“ Relevanz besitze, damit die Sinnhaftigkeit der Oktoberrevolution und die Losung vom Aufbau des Sozialismus in Frage gestellt werden könne und der Stalinismus (wie später der Maoismus) als eine neue Spielart des Orientalischen Despotismus kategorisiert würde. Genauso argumentierte der als Renegat gebrandmarkte späte Wittfogel mit seinem Buch „Oriental Despotism“, obwohl er sich mit seinen Argumenten auf Marx berufen konnte. Deshalb erübrige sich auch eine Sinisierung des Marxismus. Der spätere ideologische Konflikt mit China kündigte sich an, auch wenn schwer vorstellbar ist, dass der junge Mao oder andere Theoretiker der KPCh diese Zusammenhänge registriert und durchschaut haben. Damit schien die Debatte beendet.

Wieder aufgenommen wurde sie als dritte Runde in den 1970er Jahren als Teil der entwicklungspolitischen Diskussion in latenter Kritik zur Dependenztheorie. Für die postkolonialen Gesellschaften war die Frage, welchen Charakter sie vor der Kolonialisierung gehabt haben, vielleicht doch nicht ganz unwichtig bei ihren Entwicklungsanstrengungen. Für ein nur randständig vom Westen durchdrungenes Land wie China galt das umso mehr, zumal dort mit den Mao Zedong-Ideen nicht nur ein sinisierter Marxismus-Leninismus propagiert wurde, der nach dem Bruch mit der Sowjetunion 1960 einen eigenständigen, auf Autarkie beruhenden Entwicklungsweg verfolgte und sogar versuchte, diesen in Konkurrenz zum Westen wie zur Sowjetunion in afrikanische und asiatische Länder zu exportieren. Nicht umsonst ist China auf der Bandung-Konferenz 1955 als prominenter Vertreter der Blockfreien Länder aufgetreten. Im Licht der APW waren die dörfliche Autarkie der Volkskommunen, die

massenhaften Arbeitseinsätze, um nicht vorhandenes Kapital durch Arbeit zu ersetzen, oder die vorrangige Orientierung an der Landwirtschaft nur zu bekannte Aspekte, die an das vorrevolutionäre China erinnerten. Trotz aller Attraktivität des chinesischen Entwicklungsmodells hat die dritte Runde der APW-Debatte die entwicklungspolitische Diskussion der 1970/80er Jahre kaum beeinflusst, die von den beiden großen Theorien, der us-amerikanischen Modernisierungstheorie und der lateinamerikanischen Dependenztheorie, beherrscht wurde. War beiden doch letztlich gemeinsam, in den Entwicklungsländern eine nachholende Entwicklung nach westlichem Vorbild zu inszenieren und unterschieden sie sich nur darin, ob vorrangig bei internen Reformen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft oder bei radikalen Interventionen in der Außenwirtschaft anzusetzen sei. Dass der chinesische Weg eine grundsätzliche Alternative zu Modernisierungs- wie zur Dependenztheorie bot, wurde gar nicht registriert.

Hinzu kam ein irritierender Befund, der in die gleiche Richtung weist, den es aus Sicht beider Großtheorien gar nicht hätte geben dürfen. Die erste Generation der Schwellenländer in Ost- und Südostasien, die sog. Tigerstaaten Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur, waren anders als China Fälle eines eindeutigen Kolonialismus von Seiten Großbritanniens bzw. Japans. Offensichtlich hat dieser ihren Aufstieg nach (im Falle Hongkongs sogar während) der Kolonialzeit nicht blockiert. Aus den Old Trading Cities Hongkong und Singapur wurde die Newly Industrializing Countries. Der Aufstieg der Tigerstaaten war aber auch nicht das Resultat westlicher Entwicklungshilfe oder von Kapitalimporten und Auslandsinvestitionen. Ein ähnlicher Befund lässt sich für China konstatieren. Überall da, wo der ausländische Einfluss seit der Öffnung des Landes 1842 stark war, in den Hafenkolonien und Pachtgebieten, finden sich heute die Wachstumszentren der Volksrepublik. Shanghai, in dessen Französischer Konzession die KPCh gegründet wurde, rivalisiert sogar als Wirtschaftsmetropole mit dem politischen Zentrum Peking. Das gleiche galt in der Mao-Ära und gilt noch heute für die Parteiführungen der beiden Städte. Gemeinsam ist ferner allen genannten Ländern Ost- und Südasiens inklusive Japans, das sie durch China und dessen „weltbejahenden“ Konfuzianismus kulturell beeinflusst wurden und, abgesehen von Japan, Ziele einer beträchtlichen Auswanderung waren. In Singapur besteht die Bevölkerung zu 80 % aus Chinesen, in Malaysia zu 30 %, aber auch in Indonesien, Thailand oder den Philippinen ist die Quote beträchtlich. Nur in Vietnam wurden sie nach dem Vietnamkrieg als sog. Boat People vertrieben. Überall

gründeten die Chinesen ihre China Towns und beherrschen als sog. Strategische Gruppe Handel, Finanzwesen und Industrie, weil ihnen der Zugang zum Staatsdienst, zum Militär und zum Erwerb von Grund und Boden verwehrt ist. Alle zusammen bilden das Greater China, das über vielfältige familiäre Netzwerke miteinander verknüpft ist und seit der Öffnung des Mutterlands wieder nach China hineinreicht. Viele Auslandsinvestitionen in China sind in Wirklichkeit Investitionen von Auslandschinesen. Mit der Emigration wanderte auch der Konfuzianismus des kleinen Mannes nach Übersee, der sich in einer ausgeprägten Arbeitsethik, Bildungsbeflissenheit, Akzeptanz staatlicher Vorgaben und auf die Großfamilie bezogenen Gruppenorientierung äußert.

Auf der Suche zur Beantwortung der Frage, warum gerade in Ostasien – angefangen mit Japan im letzten Viertel des 19. Jhs., im Grunde das erste Schwellenland, und endend mit China als vorläufig letztem Fall – die zweite große Entwicklungsregion neben dem Westen entstanden ist, die nicht nur aufgeholt hat, sondern überholt und China als deren eigentliches Zentrum an die Spitze in der Welt katapultieren wird, will ich mit diesem Beitrag eine vierte Runde in der Debatte um die APW provozieren. Ich behaupte, dass sich die genannten Großtheoretiker geirrt haben mit ihren ökonomisch, politisch oder kulturell begründeten Thesen, dass China wie andere nichtwestliche Hochkulturen zur Stagnation verurteilt sei. Dessen zwischenzeitliche Stagnation war nur das Resultat einer Kontroverse innerhalb der bürokratischen Elite, bei der sich die konservativen Isolationisten gegen die progressiven Internationalisten durchgesetzt haben. Auch aus der amerikanischen Geschichte kennen wir diesen Konflikt, der zuletzt in der Trump-Ära ausgetragen wurde. Nicht nur in den USA, sondern auch in China haben innenpolitische Kontroversen immer gravierende Folgen für die übrige Welt.

Seit den 1980er Jahren wurde als Erklärung für den Aufstieg Asiens die Theorie des bürokratischen Entwicklungsstaates bemüht⁶, der aber nur eine Facette dessen darstellt, was hier mit dem Begriff APW bezeichnet wird. Im Kern besagt jene, dass in allen genannten Ländern die Bürokratie, in Japan etwa das berühmte MITI, die nachholende Entwicklung regelrecht inszeniert, indem sie das private Unternehmertum durch alle möglichen Verordnungen, direkte und indirekte Anreize bzw. Sanktionen in

⁶ Z.B. Chalmers Johnson, *MITI and the Japanese Miracle: The Growth of Industrial Policy, 1925-1975*. Stanford 1982; ders., *Japan: Who Governs. The Rise of the Development State*. New York 1995.

die gewünschte Richtung dirigiert. Die Elite drängt in die Bürokratie, der Zugang erfolgt über eine harte Auslese des Bildungssystems, das große Tor zur Karriere ist die schwere Aufnahmeprüfung der erstrangigen Universitäten, die eine lange Vorbereitungszeit erfordern. Überall, auch in Japan, gibt es Fünfjahrespläne, wird mit Input-Output-Tabellen als strategischem Planungsinstrument operiert. Japan hat auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Herausforderung der USA sogar eine integrierte japanisch-amerikanische Input-Output-Tabelle erstellt, um die Verflechtung beider Länder und die strategische Präsenz japanischer Firmen bei den Vorleistungen für amerikanische Unternehmen zu identifizieren.⁷ Die Wirtschaft reagiert nicht auf die Signale des Marktes, der Markt wird von der Bürokratie instrumentalisiert. Überall da, wo die USA nach 1945 als Besatzung- bzw. Schutzmacht auftraten (Japan, Südkorea, Taiwan, Philippinen) ist allerdings die Allmacht der Bürokratie eingeschränkt, insofern Rechtssicherheit und Privateigentum garantiert, ausländische Firmen präsent sind, sich die Länder den Regeln internationaler Organisationen wie der OECD oder der WTO unterwerfen, auch wenn die Bürokratie sehr erfindungsreich ist, den von den USA oktroyierten Ordnungsrahmen zu unterlaufen. Die amerikanischen Forderungen nach Liberalisierung und Marktöffnung, wie sie heute gegenüber China erhoben werden, war die kontinuierliche Begleitmusik der amerikanisch-japanischen Beziehungen.

Rücksicht auf die USA und die Spielregeln der Marktwirtschaft muss die chinesische Bürokratie bzw. die sie kontrollierenden Kader der KP nicht nehmen. Hier wird der bürokratische Entwicklungsstaat in Reinkultur betrieben. Auch in China muss, wer es zu etwas bringen will, die harte Auslese der chinesischen Spitzenuniversitäten durchlaufen, muss mindestens Mitglied der KP sein. Das gilt selbst für die neue Schicht der chinesischen Selfmade-Großunternehmer. Es ist schon paradox, wenn ein Milliardär Mitglied einer Kommunistischen Partei ist. Und dennoch sind auch die chinesischen neureichen „Kapitalisten“ nicht davor gefeit, jederzeit kaltgestellt, enteignet oder verhaftet zu werden, wenn sie gegen die Regeln und Vorgaben der Partei verstoßen. Man denke nur an Jack Ma, den Gründer der Alibaba-Gruppe.

Damit kommen wir zur entscheidenden Frage. Ist der Aufstieg Chinas zur größten Volkswirtschaft und perspektivisch zur Führungsmacht in der Welt Ausdruck der behaupteten Überlegenheit des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus oder liegt

⁷ The 1985 Japan-U.S. Input-Output Table. Tokyo: Ministry of International Trade and Industry 1989.

dieser Aufstieg begründet in einer Gesellschaftsformation mit einer geistigen Prägung, die sich grundsätzlich von westlichen Gesellschaften unterscheidet und mit den Begriffen APW und konfuzianische Ethik im Gegensatz zu Kapitalismus und protestantische Ethik zu fassen ist? Hier wird für die zweite Alternative plädiert. Damit stellt sich die weitere Frage: Welches System ist perspektivisch das Erfolgreichere? Wird China der hegemoniale Übergang gelingen oder werden sich die USA in dem kommenden hegemonialen Ausscheidungskampf, wie in den 1980er Jahren gegenüber Japan, behaupten?

Ist das westlich-angelsächsische Modell, das auf Privateigentum, Rechtssicherheit, protestantischer Ethik, Individualismus, Marktwirtschaft, Arbeitsteilung, gesellschaftlicher und politischer Differenzierung, gewerkschaftlicher Gegenmacht u.a. beruht, bei dem der Staat nur eine flankierende Rolle für die privaten Unternehmer zu spielen hat, das erfolgreichere? Im Falle der USA waren die Vanderbilts, Carnegies, Rockefellers und Fords früher und die Gates, Jobs, Zuckerbergs, Pages, Musks und Bezos heute die Heroen, die durch ihre Innovationskraft und unternehmerische Leistung das Land voranbringen, als Selfmade-Men in der radikalen angelsächsischen Variante des Staates gar nicht bedürfen. Oder sind es die ungenannten Strategen, die in Partei und Staat an den Schalthebeln sitzen, und die Manger der großen Staatskonzerne, die deren Planungsvorgaben umsetzen? Damit zeichnet sich das chinesische Entwicklungsmodell in nahezu jeder Hinsicht durch das komplette Gegenteil dessen aus, was die amerikanische Gesellschaft ausmacht. Dieses hat seit 1949 drei Phasen durchlaufen. (1) Die maoistische Phase eines radikalen Isolationismus unter der Devise „unabhängig und im Vertrauen auf die eigene Kraft“ bis 1978, der auch den Bruch mit dem sozialistischen Bruderland nicht scheute und 1968 bis an den Rand des offenen Krieges mit der Sowjetunion reichte, die als der gefährlichere Gegner als der US-Imperialismus bezeichnet wurde. Insofern stand Mao in der Tradition der gelben Fraktion des Mandarinats. (2) Die Ära Deng Xiaopings, zu deren Beginn auf dem berühmten 3. Plenum des 11. ZK 1978, zwei Jahre nach Maos Tod, die Weichen in Richtung Öffnung und Modernisierung des Landes gestellt wurden. Man scheute sich nicht, dafür auch auf die westliche Technologie zu setzen, die via Joint Ventures ins Land geholt wurde, weil sich die westlichen Firmen vom Mythos des unermesslichen chinesischen Markts ködern ließen. Heute, wo es zu spät ist, wird der Vorwurf der Produktpiraterie erhoben. So wurde über nahezu 40 Jahre ein exportgetriebenes jährliches Wirtschaftswachstum von zehn Prozent erzielt. Ein Zentralkomitee

beschließt und anschließend legt das ganze Land den Schalter um in eine Richtung, die in entwicklungsstrategischer Hinsicht in fundamentalem Widerspruch zu dem stand, was Mao zuvor gepredigt hatte. So ein rasanter Take off kann nur gelingen, wenn die Akzeptanz staatlicher Vorgaben in der Bevölkerung tief verankert ist – auch das ein Erbe des Konfuzianismus. Aus heutiger Sicht markierte das 3. Plenum die entscheidende Weichenstellung, auf dem sich innerhalb der Partielite die weltoffene Fraktion gegenüber der Fraktion der orthodoxen Maoisten durchgesetzt hatte, als sie die „Vier Modernisierungen“ verkündete. Zehn Jahre später führte die sechsteilige Fernsehdokumentation „Heshang“ (Gelber Fluß) zu einem kontroversen innenpolitischen Nachhutgefecht, weil in der Serie mit ihrer Traditionskritik der explizite Bezug zur Kontroverse in der Ming-Zeit zwischen der gelben und der blauen Fraktion hergestellt wurde. Die Autoren des Films hofften allerdings vergeblich, dass die Öffnung des Landes auch zu dessen Verwestlichung führen werde. Dass sie nur Instrument für Chinas Wiederaufstieg sein, das Land aber nicht grundsätzlich verändern sollte, konnte oder wollte man nicht sehen. Der Okzidentalismus im Osten unterliegt unter umgekehrten Vorzeichen insofern nur dem gleichen Irrtum wie der Orientalismus im Westen.⁸ (3) Die noch kurze Ära Xi Jinpings, seit 2012 Generalsekretär der KP, der auf dem 19. Parteitag den chinesischen Führungsanspruch ausgerufen hatte. China exportiert seitdem nicht nur, sondern expandiert dank seiner hohen Leistungsbilanzüberschüsse in großem Stil auch im Ausland, um im Zuge seines „peacefull rise“ die Führung zu übernehmen. Im Medaillenspiegel der Olympiade steht es bereits jetzt an der Spitze, erweist sich auch im Sport der staatliche Dirigismus als erfolgreicher als das auf Einzelinitiative und privatem finanziellen Engagement beruhende amerikanische Sportsystem.

Für diesen, aufgrund der kurzen Zeitspanne, welthistorisch sehr bemerkenswerten Aufstieg liefert die Theorie des bürokratischen Entwicklungsstaates, anders als bei den ostasiatischen Nachbarn, nur eine Teilerklärung. China praktiziert das, was in der Theorie der APW unter der ökonomischen Funktion des Staates verstanden wurde, nur dass statt des Mandarinats die Leitungskader der Kommunistischen Partei die Steuerungs- und Kontrollfunktion übernommen haben. Oberstes Ziel von Wirtschaftswachstum und Aufrüstung ist, China wieder zum Zentrum der Welt zu

⁸ Vgl. zu dieser Kontroverse Sabine Peschel (Hrsg.) und Redaktionsgruppe Heshang, Die Gelbe Kultur. Der Film Heshang: Traditionskritik in China. Unkel 1991; Su Xiaokang/Wang Luxiang, Deathsong of the River: A Reader's Guide to the Chinese TV Series Heshang. Ithaca, N.Y. 1991. Chen Xiaomei, Occidentalism: A Theory of Counter-discourse in Post-Mao China. New York 1995

machen. Ganz nebenbei gewinnt die Partei so die Legitimation gegenüber der Masse der Bevölkerung trotz der Einschränkungen, die das autoritäre, um nicht zu sagen, despotische System mit sich bringt. In China ist eine breite kaufkräftige Mittelschicht entstanden, die es in seiner zweitausendjährigen Geschichte nie gegeben hat. Die wenigen Oppositionellen, nämlich die genannten Okzidentalisten (wie seinerzeit die Westler in Russland) finden nur in den westlichen Medien große Aufmerksamkeit, haben aber keine Chance, mit ihren Forderungen durchzudringen. Zu Kaisers Zeiten drängte die Elite in die Bürokratie, jetzt drängt sie in die Partei, im Idealfall flankiert vom Studium an einer der Elite-Universitäten. Während des Studiums bilden sich die Kohorten, die den gemeinsamen Aufstieg absichern. Die Parteikarriere verspricht Prestige, Macht, hohe Einkommen und alle Arten von Privilegien. Die Legitimation ist funktional begründet und basiert nicht auf Eigentum. Die Partei und nur die Partei hat in allen wichtigen Fragen das letzte Wort. Das gilt auch für die Armee, für die die Zentrale Militärkommission der Partei das oberste Gremium ist. Nicht umsonst haben die jeweiligen Parteiführer immer deren Vorsitz geführt. Auch das zweite Merkmal der APW, das fehlende Privateigentum (damals an Grund und Boden), ist mit Abstrichen erfüllt. In der Landwirtschaft hat es seit 1949 mehrfach Umverteilungen und Wechsel in der Besitzstruktur gegeben. In der Industrie und im Dienstleistungssektor waren die Staatsbetriebe bis in die 1980er Jahre omnipräsent. Auch heute sind trotz der Zulassung von Privatbetrieben die größten Unternehmen fast alle staatlich oder halbstaatlich. Das gilt gerade auch für die in der Außenwirtschaft so wichtigen Banken, Reedereien, Werften, Hafenbetriebe und Baukonzernen, den eigentlichen Akteuren auf der Neuen Seidenstraße. Selbst für die ganz großen Privatunternehmer gibt es keine Rechtssicherheit und keinen Schutz des Privateigentums, können jederzeit kaltgestellt werden, wenn sie eine kritische Position gegenüber der Partei einnehmen. Der Arm der Partei reicht selbst nach Hongkong. Die Behauptung des Machtmonopols der Partei hat oberste Priorität. Dafür sind alle Mittel recht – wie das Instrument der umfassenden Zensur im Mediensektor unterstreicht, der sich selbst die amerikanischen Internet-Giganten beugen, wollen sie in China präsent sein. Lediglich das dritte Element, die Einheit von Agrikultur und Manufaktur, hatte nur in der Frühphase der Volksrepublik mit den Volkskommunen eine Renaissance erfahren. Die Städte sind nicht mehr nur Orte der Repräsentation und Verwaltung, sondern auch Orte von Industrie, Handel und Finanzwesen, unterstehen aber, anders als in der frühbürgerlichen Phase Westeuropas, der Zentrale.

Die fundamentale Erklärung, warum China seit der Öffnung in der Ära Deng Xiaopings und verstärkt mit seiner globalen Expansion in der Ära Xi Jinping diese Dynamik entfaltet hat, liefert der skizzierte Rückblick auf die alte Kontroverse zwischen der blauen, expansionistischen und seewärts gewandten, und der gelben, binnenorientierten Fraktion. In den 1430er Jahren befand sich China auf dem Höhepunkt seines internationalen Ansehens, war Zentrum eines weiträumigen Tributsystems und dominierte den Fernhandel bis in das Becken des Indischen Ozeans. In einem Machtkampf, der innerhalb der konfuzianischen Elite ausgetragen wurde, vermochte sich die gelbe Fraktion durchzusetzen und dem Land einen radikalen Isolationismus zu verordnen, der solange verfolgt wurde, bis der Westen das Land gewaltsam öffnete. Mit der Sinisierung des Marxismus und dem Sieg der Mao-Fraktion in den zahlreichen innerparteilichen Linienkämpfen, die zum Ausschluss der an der Sowjetunion orientierten Parteiführer führte, hatte sich seit 1945 eine neue gelbe Fraktion durchgesetzt, die sogar die Anlehnung und Unterordnung gegenüber dem sowjetischen Bruder verweigerte. Seit 1978 ist die blaue Fraktion an der Macht, die mit der Neuen Seidenstraße sogar die Symbolik aus der Zeit wieder belebt, als China in regem Kontakt mit den benachbarten Tributstaaten und mit Europa stand. Erfüllt sich die Prognose des Xi Jinping bis 2049 (oder womöglich schon früher), dann droht der Welt eine bürokratische Ordnung unter der Führung der KPCh! Es ist nicht auszuschließen, dass der „peacefull rise“, doch nicht so friedlich sein wird, wie die chinesische Führung beteuert, und dass der Handelskonflikt mit den USA zu einem militärischen mutiert, wie er sich im Cyberwar bereits andeutet. Entsprechende Äußerungen Joe Bidens deuten das an. In der Weltgeschichte war die Phase eines hegemonialen Übergangs nie friedvoll, sondern von großen Kriegen begleitet.